

Große Anfrage

der Fraktion der SPD

Bezahlbares Wohnen in Baden-Württemberg

Wir fragen die Landesregierung:

I. Grundsatz und Definition

1. In welcher Form und für welchen Zeitraum ermittelt die Landesregierung den Bedarf an Wohnraum in Baden-Württemberg?
2. Inwiefern wird dabei explizit die Bezahlbarkeit des Wohnraumes untersucht?
3. Wie definiert die Landesregierung „bezahlbar“, allgemein und für Mietwohnraum?
4. Wie viele Menschen wohnen nach dieser Definition in bezahlbarem Wohnraum?
5. Wie viele Menschen wohnen nach dieser Definition in nicht bezahlbarem oder nur mit großen finanziellen Belastungen zu finanzierendem Wohnraum?
6. Wie bewertet die Landesregierung den Zusammenhang zwischen Wohnform, Wohnumfeld und sozialer Isolation bzw. Einsamkeit und welche Rolle spielen gemeinschaftliche Wohnformen in ihrer Strategie?

II. Bestand, Bedarf, Bautätigkeit, Mieten

1. Welcher jährliche Zubau wäre nötig, um den Bedarf an Wohnraum in Baden-Württemberg zu decken (Miete und Eigentum, regional differenziert)?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um kleinen, barrierefreien Wohnraum in Ortskernen gezielt zu fördern, um Umzugskaskaden in Gang zu setzen und dadurch Wohnraum für Familien freizusetzen?
3. Wie bewertet die Landesregierung Wohnraumangebote entlang unterschiedlicher Lebensphasen, insbesondere den Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Studierende und Auszubildende, der zu einer Abwanderung in andere Bundesländer führt – und wie will sie diesen Verlust von Nachwuchskräften verhindern?
4. Wie viele Baugenehmigungen sind verfallen, und wie groß ist der Bauüberhang?
5. Wie haben sich die Baukosten in Baden-Württemberg in den letzten 10 Jahren entwickelt?
6. Wie haben sich Bestands- und Angebotsmieten sowie Haushaltseinkommen in den letzten zehn Jahren entwickelt?
7. Wie hat sich die Mietbelastungsquote entwickelt?
8. Was sind aus Sicht der Landesregierung die Hauptursachen der Mietpreisentwicklung, und wie bewertet sie diese für einen funktionierenden Mietmarkt?

9. Wie hat sich die Zahl der Zwangsräumungen entwickelt (differenziert nach Gründen und Wohnformen)?

III. Mieterschutz

1. Welche mietrechtlichen Maßnahmen will die Landesregierung in dieser Wahlperiode neben der Mietpreisbremse ergreifen, um den Mietanstieg zu begrenzen?
2. Hat sich aus ihrer Sicht das Zweckentfremdungsverbotsgesetz bewährt?
3. Wie oft wurden diesbezüglich Ordnungsgelder verhängt und sieht sie hier Änderungsbedarf?

IV. Soziale Wohnraumförderung

1. Wie viele Menschen haben Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein (nach Kreisen)?
2. Wie hat sich der Bestand an Wohnungen mit Belegungsbindung in den letzten zehn Jahren entwickelt (Zugänge und Abgänge)?
3. Wie viele Wohnungen fallen in den kommenden zehn Jahren jährlich aus der Belegungsbindung?
4. Wie viele Wohnungen mit Belegungsbindung werden nach Einschätzung der Landesregierung insgesamt benötigt, auf welchen Annahmen beruht das?
5. Was hat die Landesregierung konkret getan, um die Soziale Wohnraumförderung zu stärken und die Zahl der Belegungsbindungen zu erhöhen?

V. Kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften

1. Wie viele Mieterinnen und Mieter wohnen bei kommunalen Wohnungsgesellschaften oder Genossenschaften und welchen Anteil am Gesamtmietwohnungsbestand macht das aus?
2. Da die Landesregierung keine landeseigene Wohnungsgesellschaft plant, wie will sie stattdessen die Rolle des Landes als wohnungspolitischer Akteur stärken?

6.10.2026

Binder, Dr. Kliche-Behnke, Kirschbaum und Fraktion

Begründung

Die Schaffung und der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum sind eine der zentralen sozialen Herausforderungen unserer Zeit. Ob es den Menschen in Baden-Württemberg gelingt, angemessenen Wohnraum zu finden, hat einen entscheidenden Einfluss auf ihre Lebensqualität, ihre gesellschaftliche Teilhabe und ihre Zukunftsperspektiven. Wohnen ist keine gewöhnliche Ware, sondern ein Grundbedürfnis, ein Grundrecht und die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes und sicheres Leben. Wohnraum muss dabei nicht nur bezahlbar sein, sondern auch flexibel zu den unterschiedlichen Lebensentwürfen und sich verändernden Lebensphasen der Menschen passen.

Für immer mehr Menschen wird es jedoch schwierig, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Mieten und Kaufpreise sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen, während die Einkommen in vielen Regionen nicht mithalten konnten. Zur selben Zeit wird nicht ausreichend ge-

baut, die bestehenden Sozialbindungen laufen in stetig stärkerem Maße aus, als sie neu vergeben werden, und die Nachfrage nach barrierefreien, altersgerechten und klimafreundlichen Wohnungen nimmt kontinuierlich zu.

Betroffen sind vor allem Personen mit geringem bis mittlerem Einkommen, Alleinerziehende, Familien, Studierende, Auszubildende, Menschen mit Behinderungen sowie ältere Menschen. Die Besorgnis bezüglich wachsender Wohnkosten ist jedoch längst weit über diesen Kreis hinaus in der gesellschaftlichen Mitte angekommen.

Besonders gravierend ist der Mangel an barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum im Ortskern sowie im vertrauten Sozialraum. Verlässliches und sicheres Wohnen im vertrauten Umfeld ist darüber hinaus ein wichtiger Pfeiler für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie vor Ort.

Vor diesem Hintergrund sind eine Bestandsaufnahme und ein Ausblick auf das Thema bezahlbares Wohnen in Baden-Württemberg von zentralem Interesse, um daraus die richtigen Schritte zur Behebung der Wohnungsnot abzuleiten.